

Landshut: Anerkannte Flüchtlinge wollen nicht in neues Wohnheim



Von EUGEN PRINZ | Die ehemalige Kaserne in Landshut dient derzeit in einer Doppelfunktion als Flüchtlingsunterkunft und als Übergangswohnheim für anerkannte Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge und Spätaussiedler. Im Zuge einer Umstrukturierung wird ab dem 1. März ein großer Neubau auf dem Gelände der früheren Justizvollzugsanstalt Landshut als Übergangswohnheim in Betrieb genommen. Geplant ist dann, die Anlage in der ehemaligen Kaserne vollständig als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen.

Von dieser Maßnahme sind insgesamt 86 Personen betroffen. Während die deutschstämmigen Spätaussiedler aus der Ukraine, Kasachstan, Russland und Aserbaidschan den notwendigen Umzug (3,2 km) widerspruchslos hinnehmen, gibt es von den überwiegend muslimischen „Neubürgern“ kräftigen Gegenwind.

Haben die Flüchtlingshelfer ihre Finger mit im Spiel?

In einem Schreiben an die Regierung von Niederbayern als zuständige Behörde fordern rund 25 Flüchtlinge, in ihrer bisherigen Unterkunft bleiben zu dürfen. Das fehlerlose Deutsch, in dem das Schreiben abgefasst ist, weist darauf hin, dass hier womöglich wieder einmal die Flüchtlingshelfern ihre Finger im Spiel haben. In dem Pamphlet heißt es:

„Wir halten das für keine gute Entscheidung, weil nicht

darauf geachtet wird, wie schlimm sich dies auf uns und unserer psychische und körperliche Verfassung auswirkt. Wir werden erneut aus unserer gewohnten Umgebung herausgerissen. Wir haben das Gefühl, dass wir erneut vertrieben werden, unser ganzes Leben besteht nur noch aus Flucht und Vertreibung. Das ist eine große Belastung.“

Dass muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Diesen Leuten wird auf Kosten der Steuerzahler eine nagelneue Unterkunft zur Verfügung gestellt und sie sprechen von Vertreibung.

Behörden mit angeblicher Gefahr für Kinder unter Druck gesetzt

Beklagt wird ferner, dass es in dem neuen Übergangwohnheim keine WLAN-Verbindung gibt, dass man die Möbel nicht mitnehmen könne und sich zu viele Menschen aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern Küche, Bad und Toilette teilen müssten. Das würde zu Konflikten führen. Um die Regierung von Niederbayern noch zusätzlich unter Druck zu setzen, werden die Flüchtlingskinder ins Spiel gebracht. Diese könnten auf dem ehemaligen Kasernengelände gefahrlos spielen, während die Wittstraße, an der die neue Unterkunft liegt, eine viel befahrene Straße sei. Dann folgt der an Dreistigkeit nicht zu überbietende Satz:

„Wollen Sie wirklich die Verantwortung dafür übernehmen, dass eines unserer Kinder überfahren wird?“

Die folgenden Fotos zeigen, dass diese Argumentation ein ausgemachter Witz ist:



Die gegenwärtige Unterkunft liegt direkt an der Niedermayerstraße, die eine der meist frequentierten Verkehrsadern in Landshut darstellt.



Die neue Unterkunft. Sie ist von der Wittstraße durch eine hohe Mauer abgegrenzt und bietet auf dem Gelände genügend Platz für spielende Kinder.

Generell habe man sich mehr Unterstützung bei der Suche nach

eigenen Wohnungen erhofft. Zudem:

„Leider wollen viele Deutsche ihre Wohnung wegen unseres Migrationshintergrunds nicht an uns vermieten.“

An dieser Stelle sei angemerkt, dass wohl nicht der Migrationshintergrund, sondern der Zustand der Flüchtlingsunterkünfte bereits kurz nach dem Einzug und die häufig ausbrechenden Brände der Grund für die Unwilligkeit der Vermieter sein dürfte.

Großes Entgegenkommen seitens der Behörden

Die Regierung von Niederbayern und die Stadt Landshut wollen jedenfalls ihr möglichstes tun, um den Flüchtlingen den Umzug doch noch schmackhaft zu machen. WLAN wird so schnell wie möglich eingerichtet und die Kinder werden jeden Tag mit einem Kleinbus in ihre alte Schule gekarrt, damit sie nicht wechseln müssen.

Dann hoffen wir mal, dass sich die Flüchtlinge erbarmen und in die nagelneue Unterkunft umziehen.

Aber in einem haben die Beschwerdeführer wohl Recht: Spannungen wird es geben. Denn die Deutschen aus der Ukraine, Kasachstan, Russland und Aserbaidschan sind aus einem anderen Holz geschnitzt, wie die weich-gegenderten Mülltrenner hierzulande. Die werden nicht viel Geduld mit den Sitten und Gebräuchen ihrer muslimischen Nachbarn haben. Insofern ist es nicht schlecht, dass eine Mauer das Areal umschließt.